

Manfred Nowak

Verleihung des Egon Ranshofen-Wertheimer-Preises am 26.9.2015 im Kulturhaus Stadt Braunau

Dankesworte

Sehr geehrter Herr Bürgermeister und Herr Kotanko, liebe Eva Novotny

verehrte Festgemeinde,

zuerst möchte ich mich ganz herzlich für diese hohe Auszeichnung und die allzu lobenden Worte des Herrn Bürgermeisters und der Frau Botschafterin bedanken.

Als ich vom Obmann des Vereins für Zeitgeschichte, Herrn Mag Kotanko, zum ersten Mal erfuhr, dass ich eventuell für die Verleihung dieses Preises vorgesehen wäre, habe ich sofort bei Google nachgeschaut. Laut website werden mit dem Egon Ranshofen-Wertheimer-Preis „Auslandsösterreicher ausgezeichnet, die sich in besonderem Maße für ihre Heimat Österreich engagieren bzw. engagiert haben“. Ich bin nicht ganz sicher, ob ich diese Auszeichnung wirklich verdient habe. Zum einen bin ich zwar Österreicher, sogar Oberösterreicher (da ich meine Jugend in Leonding und Linz verbracht habe), aber nicht notwendig Auslandsösterreicher, weil ich meinen ständigen Wohnsitz seit langem in Wien und nicht im Ausland habe. Aber meine Frau würde wahrscheinlich mit der Bezeichnung „Auslandsösterreicher“ übereinstimmen, weil ich ihrer Meinung nach mehr Zeit im Ausland als im Inland zubrächte, was ich natürlich als maßlose Übertreibung zurückweisen würde.

Wichtiger ist aber die Frage, ob ich mich wirklich „in besonderem Maße für meine Heimat Österreich engagiere bzw. engagiert habe“. Ich könnte wahrscheinlich viele Menschen, vor allem Politiker zitieren, die eher meinten, dass ich mich mehr gegen als für meine Heimat Österreich engagieren würde, also eher ein „Nestbeschmutzer“ wäre. Aber das ist wahrscheinlich ein Schicksal, das ich mit vielen anderen Menschen teile, die versuchen, sich für die Rechte von Menschen ohne Unterschied ihrer Herkunft, Hautfarbe oder ethnisch-religiösen Zugehörigkeit, also zum Beispiel auch für Flüchtlinge, einzusetzen. Und diesbezüglich ist leider noch sehr viel zu tun.

Ich bin nicht nur Österreicher, sondern auch Europäer. Als überzeugter Befürworter eines vereinten Europa schäme ich mich aber dafür, wie Europa mit jenen Menschen umgeht, die versuchen, in Europa Schutz vor rassistischer, religiöser und politischer Verfolgung zu suchen. Zuerst machen wir die Grenzen möglichst dicht und es Flüchtlingen besonders schwer, in Europa legal um Asyl anzusuchen. Dann wundern wir uns darüber, dass die „Festung Europa“ dazu führt, dass sich Flüchtlinge in ihrer Verzweiflung an Schlepper wenden, die mit der Not dieser Menschen unverschämte Geschäfte machen und in immer brutalerer Weise Familien mit Kindern auf hoher See oder in Kühltransportern ihrem traurigen Schicksal überlassen. Statt die Ursachen der Schlepperei zu bekämpfen, also Flüchtlingen einen legalen Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu gewähren, zum Beispiel vor einer gemeinsamen europäischen Asylbehörde mit Außenstellen in Drittländern, bauen europäische

Politiker immer höhere Zäune mit Stacheldraht, um uns vor den Flüchtlingen zu schützen, die ja ohnehin nur verkappte „Wirtschaftsflüchtlinge“ wären. Was wir derzeit an nationalen Egoismen in Europa erleben, widerspricht allen Grundwerten, zu denen sich die Europäische Union in ihren Gründungsverträgen verpflichtet hat: Rechtsstaat, Demokratie, Menschenrechte, Solidarität und Achtung vor der Würde jedes Menschen. Das sogenannte „Dublin-System“ ist der rechtliche Ausdruck dieser nationalen Egoismen, nämlich im Sinne des Floriani-Prinzips nicht primär zu fragen, wie wir Flüchtlingen Schutz vor Verfolgung und Hilfe gegen Traumatisierung bieten könnten, sondern nur zu schauen, wie wir sie möglichst schnell in einen anderen Staat weiterschicken können, am besten in jene Staaten an den südlichen Außengrenzen Europas, die ohnehin bereits damit überlastet sind, neu ankommende Flüchtlinge aus Seenot zu retten und notdürftig unterzubringen. Die derzeitige Flüchtlingswelle ist keine Ausnahmeerscheinung, und Europa wird sich darauf einstellen müssen, nachhaltige Lösungen zu finden, wie wir Flüchtlinge gemeinsam in einem vereinten Europa aufnehmen und integrieren können. Dass wir mehr Zuwanderung brauchen, um einer Überalterung des „alten Kontinents“ entgegenzuwirken, sagen uns Migrationsforscher und demographische Studien seit langem. Es fehlt nur am politischen Willen, eine vernünftige, humane, gemeinsame und zukunftsorientierte europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik zu konzipieren und umzusetzen. Erfreulich war in den letzten Wochen und Monaten nur zu sehen, wie plötzlich die Zivilgesellschaft erwacht ist und der Politik gezeigt hat, wie man Flüchtlingen wirksam helfen kann. Und siehe da: Wenn alle an einem Strick ziehen, also die Zivilgesellschaft gemeinsam mit der Politik, den Sicherheitskräften, den Hilfsorganisationen, der Kirche und den Medien, dann können wir sehr viel bewegen und auch wieder ein klein wenig stolz auf unser Land sein.

Die gegenwärtige Flüchtlingswelle in Europa ist nur eines von vielen Symptomen, wie schlecht es um die Menschenrechte im 21. Jahrhundert bestellt ist. Wir leben trotz allen Reichtums in einer Welt globaler Krisen und Herausforderungen, wie wir sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr erlebt haben: Wirtschafts-, Finanz-, Banken- und Nahrungsmittelkrisen; globaler Klimawandel mit unvorhersehbaren Folgen wie Überschwemmungen, Dürrekatastrophen und Wasserknappheit; eine dramatische Zunahme an bewaffneten Konflikten, organisierter Kriminalität und Terrorismus; eine ungeahnte Macht transnationaler Konzerne und wachsende Armut in Afrika und im Nahen Osten. Diese und andere Krisen hängen eng miteinander zusammen und haben häufig dieselben Ursachen, die nicht selten in der Globalisierung im Zeichen einer neoliberalen Weltwirtschafts- und Weltfinanzordnung zu finden sind. In meinem jüngsten Buch, das in wenigen Tagen erscheinen wird, habe ich mich mit dem Phänomen wachsender ökonomischer Ungleichheit innerhalb unserer Staaten und auf globaler Ebene auseinandergesetzt. Viele ökonomische Studien der letzten Zeit (von der OECD über Thomas Piketty bis zu Anthony Atkinson) deuten darauf hin, dass die Ungleichheit des Einkommens und Vermögens in den reichen Staaten, allen voran in den USA, ein Ausmaß erreicht hat, das mit jenem in England und anderen europäischen Staaten vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs vergleichbar ist. Diese Ungleichheit und Ungerechtigkeit untergräbt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaften, gefährdet die Funktionsfähigkeit unserer Demokratien, trägt wesentlich zu den eben erwähnten globalen Krisen bei und verhindert die Verwirklichung einer sozial gerechten Weltordnung. Sie widerspricht den universell anerkannten Menschenrechten, die als Reaktion auf zwei Weltkriege, den Holocaust und die Weltwirtschaftskrise in den Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs mühsam erkämpft und in völkerrechtlich verbindlicher Weise normiert wurden. Die universellen Menschenrechte sind viel mehr als die westlichen Freiheiten vor Eingriffen des Staates in unser Eigentum und unsere Meinungsfreiheit. Sie verpflichten die Staaten nämlich auch dazu, Ungleichheit in allen ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen und soziale Gerechtigkeit mit Mitteln des sozialen Wohlfahrtsstaates zu verwirklichen. Auf globaler Ebene verpflichten uns die

Menschenrechte zu Solidarität, globaler Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung einschließlich der Erhaltung unserer Umwelt für nachkommende Generationen.

Es ist höchste Zeit, dass wir die vielfältigen Krisen unserer Zeit ernst nehmen. Statt bloßem Krisenmanagement und Symptombekämpfung sollten wir die Ursachen dieser Krisen erkennen und wirksam an der Wurzel bekämpfen. Die universellen Menschenrechte und ihr Bekenntnis zu einer sozialen Weltordnung, in der alle Menschen ihre bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in möglichst umfassendem Maße genießen und ausüben können, weisen uns den Weg, wie wir die wachsende ökonomische Ungleichheit und daraus ableitbare globale Krisen wirksam bekämpfen könnten. Mit den Vereinten Nationen und ihren verschiedenen Sonderorganisationen haben wir einen institutionellen Rahmen zur Bewältigung dieser Krisen und zur Verwirklichung aller Menschenrechte für alle Menschen geschaffen. Egon Ranshofen-Wertheimer war an der Gründung dieser Weltorganisation maßgeblich beteiligt. Jetzt gilt es, die nationalen Egoismen und ökonomischen Eigeninteressen hintanzustellen und die Vereinten Nationen zu stärken und gleichzeitig zu reformieren und den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Denn nur im Rahmen dieser Weltorganisation wird es möglich sein, die großen globalen Krisen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern, um die drei gemeinsamen Ziele der Vereinten Nationen, nämlich internationale Sicherheit und Weltfrieden, eine nachhaltige Entwicklung und den universellen Schutz der Menschenrechte, zu verwirklichen.

Ich bedanke mich für die große Ehre und das Vertrauen, das mir durch die Verleihung des Egon Ranshofen-Wertheimer-Preises entgegengebracht wird, und nehme diese Auszeichnung als Ermunterung an, mich weiter im Rahmen meiner bescheidenen Möglichkeiten für eine gerechtere Welt einzusetzen.